

# Woffische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit  
Kurzjettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postanschrift: Berlin, Postfach 1000  
Telegraphische Adressen: Ullsteinhaus Berlin, Postfach 10000 Berlin 666

## Mehrheit für Haag

### Abstimmung im Young-Ausschuß / Zentrum und Bayerische Volkspartei enthalten sich / Wegen des Finanzplans

In den vereinigten Ausschüssen sind heute vormittag endlich die Abstimmungen über die Young-Vorlagen und die Liquidationsabkommen vorgenommen worden. Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurde der Artikel des „Neuen Planes“ mit 29 gegen 23 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Hier den Ausschluß haben die Demokraten, Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei gestimmt, dagegen die Christlich-nationalen, die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und die Christlich-Sozialen. Stimmenthaltung übten das Zentrum und die Bayerische Volkspartei. Mit dem gleichen Abstimmungsverhältnis wurde der Rest des Young-Plans angenommen; die Liquidationsabkommen, darunter auch das deutsch-polnische, mit 29 gegen 24 Stimmen, wobei diesmal der völkerverfeindliche Abgeordnete Dr. Schöne mit der Opposition stimmte.

Der Beginn der Abstimmung gab Abg. Dr. Weening für das Zentrum folgende Erklärung ab:

„Die Zentrumspartei hat schon früher ihre Stellungnahme mehrfach dahin ausgesprochen, daß für sie die Sanierung der Reichslage und damit die Sicherung unserer Finanzpolitik für die Zukunft ein integrierendes Bestandteil der zur Zeit zur Aufstellung stehenden Fragen darstellten. Sie erachtet es daher, an daß der Reichslage in Zusammenhang mit dem nächsten Schritte zur Erreichung dieses Zieles eingeleitet hat und die Zentrumspartei hofft, daß sie bis zur dritten Lesung zu einem tragbaren Ergebnis führen werden. Bei aller Anerkennung dieser Bemühungen kann die Zentrumspartei nicht verneinen, daß im Augenblick bei der Abstimmung der Vereinigten Ausschüsse, die jetzt angeht, bei dieser Arbeit nicht zu einem gesicherten Ergebnis geführt habe. Unter diesen Umständen sieht sich die Zentrumspartei gezwungen, sich bei der politischen Abstimmung der Stimme zu enthalten. (Beifall links. Zwischenruf links links.)“

Abg. Kellig (Bayr. V.) erklärte dann: Da wichtige politische Fragen uns nicht genügend geklärt erscheinen, wird die Bayerische Volkspartei im Augenblick der Stimme enthalten.

Seitens hat eine Abstimmung in einem Ausschuß so hohes politisches Interesse hervorgerufen wie die heutige über die Young-Vorlage. Die letzte Beratung in den vereinigten Ausschüssen wäre in höchstem Maße durchzuführen gewesen, und so viele waren auch ursprünglich in Aussicht genommen. Das Zentrum war es, das die Debatte ins Uferlose gehen ließ, die Abstimmung immer mehr hinausgezögert, um Zeit zu gewinnen. Als die Beratung gestern abgebrochen werden mußte, weil sie sich beim besten Willen nicht mehr beheben ließ, hat das Zentrum die Vertagung der Abstimmung auf heute durchgeführt, weil es abwarten wollte, zu welchem Ergebnis das Cabinet bei der Beratung des Finanzprogramms am Donnerstag kommen würde.

Das Zentrum hatte, da gestern im Cabinet noch keine Entscheidung gefallen ist, die Möglichkeit, sich heute wieder die Vertagung der Abstimmungen zu verlangen, es verzichtete aber darauf, als die Regierung erklärte, daß die Young-Vorlagen endlich wieder zum Plenum gelangen müßten, hat aber dafür Stimmenthaltung gewählt und es den anderen Koalitionspartnern überlassen, die Mehrheit für die Vorlage aufzubringen.

Durch die Erklärung des Vorsitzenden der Zentrumspartei, Abg. Dr. Weening, ist die unmittelbare Wirkung dieses Vorgehens des Zentrums absehbar. Daß die Stimmenthaltung trotzdem eine feste Bestätigung hervorgerufen hat, kann nicht Wunder nehmen. Man fragt sich, ob es dem Zentrum wirklich nur darauf ankomme, durch diesen Bruch die Einigung und Annahme eines Finanzprogramms vor der empfindlichen Beobachtung der Young-Vorlagen zu sichern. Wäre es wesentlich darum zu tun, dann würde es genügen, wenn das Zentrum in der Schlußabstimmung sich der Stimme enthalten würde.

Es heißt es nicht an kritischen Stimmen, die meinen, daß das Zentrum sich nicht aus der Verantwortung für den Young-Plan zurückziehen sollte, um sie, wenn die Verhandlung über das Finanzprogramm nicht zustande kommen sollte, den anderen

Koalitionspartnern zu überlassen. Es ist deshalb nicht in den anderen Fraktionen erzwungen worden, ob man nicht einen Gegenstand auf das Zentrum ausüben sollte, daß es die anderen Koalitionspartnern Stimmenthaltung proklamieren

## Grzesinski zurückgetreten

### Professor Dr. Waentig Innenminister

Der preussische Minister des Innern, Albert Grzesinski, ist von seinem Amte zurückgetreten.

Ministerpräsident Dr. Brauns hat zum Nachfolger des Innenministers den bisherigen Staatspräsidenten des Preussens, Professor Dr. Waentig, ernannt. Der neue preussische Innenminister ist Mitglied des Landtages und gehört der sozialdemokratischen Fraktion an.

Die Demission des Ministers Grzesinski kam aus dem meisten seiner politischen Freunde unerwartet. Der empfindliche Aufschuß zum Ministertisch ist von ihm auch seit heute vormalig mitgeteilt worden. Es ist ein Zufall, daß gerade heute auf der Tagesordnung des preussischen Landtages die Abstimmung über den von den Kommunisten gegen Grzesinski eingebrachten Mißtrauensantrag steht. Man würde irren, wenn man annehmen wollte, daß Grzesinski mit seinem Mißtrauensantrag nur einer parlamentarischen Niederlage, einer erzwungenen Demission ausweichen wollte. Nach der preussischen Verfassung gilt ein Mißtrauensvotum nur dann als angenommen, wenn die Mehrheit aller gewählten (nicht etwa die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden) Abgeordneten dafür stimmt. Dieser praktische Fall kann nicht eintreten, weil die Regierungskoalition über die absolute Mehrheit verfügt. Der Mißtrauensantrag wird jetzt nicht mehr zur Abstimmung gestellt werden können, aber es war von vornherein gewiß, daß er abgelehnt werden würde.

Es sind darüber persönliche Gründe, die Grzesinski veranlassen, noch mehr nichtöffentlicher mündlicher Tätigkeit aus dem Cabinet auszusteigen und sich auf die Ausübung seines Abgeordnetenmandates zu beschränken. Grzesinski's Gesundheitszustand hat in der letzten Zeit sehr zu wünschen übrig gelassen; seit einigen Tagen ist er an Grippe erkrankt und konnte seinen Amt in Landtage nicht selbst vertreten. Schon vor mehreren Wochen hat Grzesinski Mißtrauensanträge geäußert; seine Parteifreunde suchten ihn von der Überredung der Demission abzuhalten, und die heute vormalig glaubte man auch, daß Grzesinski im Amt bleiben würde. Die persönlichen Gründe, die gegen ihn gerichtet werden, haben den Ausfall gebracht.

Es ist ein Vorrecht der brennfähigsten Opposition, den politischen Kampf mit persönlichen Verdächtigungen und Invektiven zu führen. Als der frühere Oberbürger Grzesinski, der nach dem Tode des Berliner Polizeipräsidenten besetzt wurde, am 1. Mai 1925 die Leitung des Berliner Polizeipräsidenten übernahm, wurde gegen ihn sofort der Vorwurf erhoben, daß er eine zu große Dienstreue gegen habe. Derselben Beschuldigung, die nicht daran finden, daß der Amtliche Polizeipräsident eine Fiktion von 23 Stimmen zur Verfügung hatte, warfen dem republikanischen Polizeipräsidenten die 164-Stimmen-Wahlung vor. Und seit im Oktober 1926 Grzesinski als Nachfolger Severtings, Minister des Innern war, haben die persönlichen Beschuldigungen nicht abgerufen. In längster Zeit noch ist die unwahre Behauptung aufgestellt worden, daß er drei Wohnungen habe. In Wirklichkeit hatte Grzesinski nur eine Wohnung, die angeblich zweite bestand aus den repräsentativen Räumen des Ministeriums, die nur bei offiziellen Empfängen benutzt wurde, und die feinsten beide Wohnungen gehörte der von ihrem Mann getrennt lebenden Frau Grzesinski. Intime Angelegenheiten des privaten Lebens, die mit der Politik nicht das geringste zu tun haben und keinen Fremden

und dadurch das Zentrum zwingen, zunächst einmal deutlich Sache zu erkennen, wie es sich bei den Vorlagen selbst stellt.

Bei aller Bewunderung für die Feinheit der Zentrumspartei-Strategie, die auf längere Zeit eingeleitet ist, meint man doch innerhalb der Koalition, daß bei grundsätzlichen Entscheidungen die Abstimmung nur durch den Inhalt der Vorlage und nicht durch taktische Rücksichten bedingt sein müßte.

Zunächst ist aber erreicht, daß der zweiten Beratung der Young-Vorlage im Reichstags-Plenum nichts mehr im Wege steht.

Die Beratung des Finanzprogramms im Cabinet wird heute nachmittag fortgesetzt; inwieweit hat man die Meinung der Fraktionen gehört, und wenn auch berichtet wird, daß die Deutsche Volkspartei sich wenig entgegenkommen gezeigt habe, so ist immerhin eine Festlegung durch formelle Beschlüsse vermeiden worden.

## Minister Waentig

Der neue Innenminister, der am 61. Februarabend steht, kommt aus Oberrhein. Seit 1904 war er Oberrheinischer Professor an der Universität Halle und las über Nationalökonomie. Im August 1927, nach dem Rücktritt Höpflings, wurde der damalige Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Waentig zunächst kommissarisch mit der Verwaltung des Oberpräsidiums betraut und kurz darauf zum Oberpräsidenten in Magdeburg ernannt. 1919 wurde er zum stellvertretenden als Abgeordneter in die verfassunggebende Landesversammlung gewählt, fehrte später er ununterbrochen dem Landtag an.

## Grzesinski's Brief an Brauns

Grzesinski's Demissions schreiben an den Ministerpräsidenten Brauns hat folgenden Wortlaut:

„Ich bin mich heute sehr sehr leidenschaftlich ergrübelte. Ich bin in Ihrer Ausrichtung doch eine erhebliche eigene Meinung vorhanden, welche nach dem letzten meinen Streben nur durch eine offene Erholung und ein sofortiges Ausspannen von meiner geistigen Arbeit wieder völlig begehren werden kann, andererseits dauernd Gefühlsstörungen mit Sicherheit zu erwarten steht. Die politische Lage des Landes und die gegen, von mir in Angriff genommenen und kurz vor ihrem Abschluß stehenden Reformarbeiten erfordern jedoch eine volle Verantwortlichkeit, die ich im Augenblick leider nicht beistehe. Es kommt auch nicht in Frage, daß ich mein Amt jetzt auf längere Zeit bis zur Wiederherstellung meiner Gesundheit und vollen Arbeitskraft ohne politische Verantwortung verleihe lassen; das wäre von mir unannehmlich geboten, und der Oberbaurat daran wäre mir uninteressant. Unter diesen Umständen lehne ich keinen anderen Ausweg ein, als mich daher verabschieden. Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, ergebe ich mich mitgeteilt, daß ich gemäß Art. 56 Abs. 1 der preussischen Verfassung heute noch mein Amt niederzulegen. Ich bitte Sie, diese Angelegenheit, um Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, und den übrigen Herren Staatsministern für das Vertrauen und die Hilfe ergehen zu danken, die Sie mir durch die Berufung und während meiner Amtsbekleidung haben zuteil werden lassen.“

„Mit dieser Antwort...“ Mit dieser Antwort haben Sie die Mitteilung Ihres Rücktritts zum heutigen Tage zur Kenntnis genommen. Es ist mir aufrichtiges Bedauern, Ihnen bei Ihrem Auscheiden aus dem Amte namens der Preussischen Staatsregierung für Ihre dem Amt während Ihrer Amtszeit mit Geduld, Eingabe und Entzucht geleisteten Dienste herzlich Dank auszusprechen. Ihre politische Begabung und harte Energie haben sich in dem von Ihnen geleiteten Ministerium, das politische und Verwaltungsaufgaben von grade in dieser Zeit außerordentlich stark in sich vereint, voll ausgereizt und damit Wertvollsten für die Festigung unseres republikanischen Staatswesens geschaffen. Für Ihre künftige Zusammenarbeit besonderen Dank. Ich wünsche, daß es Ihnen vergönnt sein möchte, Ihre Kraft bald zu überwinden, damit Sie Ihre volle Kraft wieder in den Dienst des Landes stellen können.“

# Steuergelder für die Deutschnationalen

In dem Reichsteuervergütungsgesetz des Reichstagesabgeordneten Bruhn gegen den verstaatlichten Reichsdruck der „Reformer“ Befolgtangest. Sohn, der bei der letzten Verhandlung nur einiger Zeit der Vertagung bedurfte, erfolgte heute eine umfangreiche Beweisnahme.

Bruhn behauptet, daß der deutschnationale Bundesverband im Oktober 1926 von den St. Nats. ein Geschenk von 2000 Mark erhalten habe. Bis 1928 seien die Geschenkgeldungen festgesetzt worden. Diese ist heute eingezogen, daß die St. Nats. sich darüber beschwerten und jagten, der Schenkungsgegenstand müsse endlich einmal eine Waage machen. Sie könnten doch nicht immerzu Geld geben. Der deutschnationale Stadtbürgermeister Jangemeyer habe als Vertreter des Magistrats den Grundbesitzbesitzer an die St. Nats. beauftragt. Nachdem der Verkauf des Grundbesitzes in der Kommunalverwaltung gescheitert sei, habe Jangemeyer von den St. Nats. 5000 Mark bekommen. Er habe diese 5000 Mark an die deutschnationale Partei weitergegeben, und es sei klar, daß sie sich fernhalten in eine Verbindung für das nationalistische Eintreten der Deutschnationalen für die St. Nats. darstellten. Im Auftragsamt für die deutschnationale Partei als Leiter tätig gewesen. Er sei von den Deutschnationalen nicht wieder aufgeführt worden, weil er zu viele Gelder von den St. Nats. erhalten hätte. Auch der deutschnationale Stadtbürgermeister Rödel habe für den Verkauf des Grundbesitzes getrimmt und sich sehr leichtfalsch eingemischt, was er tat, daß bei dem Verkauf des Grundbesitzes für ihn als Zusatzbedingung Auflage abfallen würden. Im Laufe des strenggerichteten Verfahrens, das gegen Bruhn führte, seien Jangemeyer und Genow zu ihm gekommen und hätten um sich weiter gebeten. Er solle doch nicht sagen, daß sie bei den St. Nats. eingeladen gewesen wären.

Als Bruhn wurde zunächst die deutschnationale Stadtbürgermeisterin Föbde und Genow vernommen. Genow erklärte, daß der Reichstag des Bundesverbandes, der Abgeordnete Genowens, von dem St. Nats. Spenden zunächst nicht gemacht habe. Weiter teilte er mit, daß St. Nats. ein Vermittler in einem Streit gewesen, den Bruhn mit seiner Witwe geführt hatte. Daraus habe er geschlossen, daß die St. Nats. sehr national gefühnte Leute seien.

Der deutschnationale Stadtrat Siege wurde darüber vernommen, wo die Liebermittlung des Geldes von 2000 Mark an Genow nur sich eingangenen ist. Er verriet weiter, er hätte den St. Nats. nichts gegeben können.

Bruhn: Unter Anderem möglichsten Mitwirkung, Herr Stadtrat Siege, haben die St. Nats. den ersten Kredit von 800 000 Mark aus der Stadtkasse bekommen.

Bege: Das stimmt. Ich war händiger Vertreter des Räumers. Dieser erste Kredit lag im Jahre 1927. Ich erhielt das Geld in meiner Eigenschaft als Räumers. Ich lehnte es ab. Es kam ein neues Geschäft an den Magistrat, und es wurde ein Ausweis eingeleitet, um über die Geschäftstätigkeit zu berichten. Die St. Nats. bestanden das Verbotsgesetz, bis es bei der Übernahme der Befehle des Reichstageskomitees nicht vorgenommen seien. Ich war der Meinung, daß falls wirklich die St. Nats. bei diesem Fall herangezogen seien, es die verbotene Pflicht und Schuldigkeit der Stadt war, ihnen beihilflich zu sein. Ich trat daher für das Darlehen ein.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam auch zur Erörterung, daß Jangemeyer angeblich von den Jangemeyern der St. Nats. an deutschnationale Stellen gemacht habe, ohne dieses jedoch dem unternehmenden Bruhn bekannt zu geben. Jangemeyer selbst darauf aufmerksam gemacht.

Der deutschnationale Bundesverband-Vorsitzende Abgeordneter Lawrenz erbetend, er habe erst im vorigen Jahre erfahren, daß die 2000 Mark von den St. Nats. stammen. Bevor die St. Nats. Ämter aufstehen, ist ihm der Name St. Nats. überhaupt kein Begriff gewesen.

Was nächster Frage wurde ob St. Nats. aus dem Untersuchungsgegenstande ausgeschlossen.

Bege: Wor von dem Verwendungsgeld der 2000 Mark die Rede?

Bege: St. Nats. Nein, darüber wurde nicht ausfindig.

Bege: Würde eine Beschuldigung für Sie in Aussicht gestellt?

Bege: St. Nats.: Davon nur die Rede.

Bege: Eben sich dann irgendwelche Folgen bemerkbar gemacht, die Sie auf das Geld zurückzuführen?

Bege: St. Nats.: Ja, daß wir jetzt hier in Gefängnis sitzen. (Große Heiterkeit.)

Wächterin Frau Bell (Bezirker Bruhn): Haben Sie nicht einmal dem Stadtrat Siege zu Gefallen einen großen Posten Schabe gekauft?

Bege: St. Nats.: Ja, aber Wege nur damals nicht mehr Stadtrat. Ich habe den Posten Schabe aus Gutwilligkeit gekauft. Wir sitzen ja überhaupt zu 70 Prozent nur aus Gutwilligkeit hier im Gefängnis.

Bege: Welcher Befragung soll ich hinaus, daß der Posten Schabe eine Viertel Million kostete und daß der Verkauf aus zu hoch war.

Nachdem der Vorsitzende dem Bruhn den Eid abgenommen hatte, wurde ihm Bruder Will St. Nats. vorgelesen. Der Vorsitzende riefte auch an ihn die Frage, ob er oder einer seiner Brüder den Deutschnationalen Geld habe zukommen lassen.

Will St. Nats.: Ich weiß niemand, aber einer meiner Brüder, der Bruder Bruhn, weiß ich nicht mehr. Die Schabe der Summe kenne ich nicht. Es war jedenfalls anders, das Geld bekam. Natürlich ist es möglich, daß auch andere Deutschnationalen Geld bekommen haben, aber darüber weiß ich nichts. Mein Vermögen mehr. Es haben ja auch andere Parteien, auch ganz links; und ganz rechte, Gelder von uns bekommen. Es hat keine Partei gefehlt.

Rechtsanwalt Hubel: Ist Genow Herr da gewesen? Er ist Herr da gewesen, um uns zu befragen. Ob er Herr dort bekommen hat, weiß ich nicht.

Der Schenkungs-Bezugsbürgemeister Bernd berichtete als Zeuge, daß ihn Bruhn im Sommer 1927 im Reichstag wiederholt angesprochen habe, warum denn Schenkungs nicht von den St. Nats. laufe. Schenkungs hat die einzige Partei, der sich nach der Annahme des Zentral-Magistrats, bei St. Nats. zu kaufen, nicht

richtig. Er der Zeuge, daß Bruhn einwunder St. Nats. seien und die Zahlung derlei möglich, doch er als Mann mit viel für die Leute. Darauf erwiderte Bruhn, St. Nats. seien streng national eintrübe.

Stadtbürgermeister Jangemeyer behauptet, daß er sich an die St. Nats. gemeldet habe, um Wohlgefallen zu erbiten. Das sei der Waden vor der Verhaftung der St. Nats. gewesen. Er bekam 6000 Mark.

Bruhn: Und mit diesem Gelde haben die Deutschnationalen wohl die Klatsche hergestellt, die in der Wahlkampagne verwendet wurden, die Klatsche: „Die Schieber St. Nats.“?

# Gegen die Hepparolen

Breslau, 28. Februar / Ulstein-Nachrichtendienst

Nach einer Aussprache über die deutsch-polnischen Fragen der 1. und 2. auch der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien behauptet, nahmen die Funktionäre und Führer des Breslauer Reichstagesansatzes Schwarz Rot Gold einstimmig eine Entschließung an, in der sie die republikanischen Parteien des Reichstages anfordern, bei ihrer Entscheidung über das deutsch-polnische Ausgleichsbestimmungen nationalitätliche Hepparolen zurückzuweisen und die wahren Interessen des Reichstages zu berücksichtigen. „Diese 6 Werten wirtschaftliche Verbindung mit den Reichsfinanzämtern und Finanzämtern der allein außerordentlich reichlichen Reichsamt zum Schutze der deutschen Mittel- und Kleinrenten.“

Angesichts der großen Zahl von Protesttelegrammen aller Art, die von den in der Regel ebenso kleinen wie isolierten Organisationen und Gruppen aus dem nationalitätlichen Lager in letzter Zeit an die Reichsregierung und den Reichspräsidenten in der deutsch-polnischen Frage gelangen, verdient die Entschließung des höchsten politischen Verbandes der silesischen Landtage besondere Beachtung.

In den Wahlkämpfen in den vereinigten Ausschüssen, ist noch hinzuzufügen, daß kein deutsch-polnischen Klaukationsabkommen

# Neue Spaltung der Berliner Kommunisten

Die beiden kommunistischen Berliner Stadträte Leh und Wandlungsgeordneter Stabob, die in ihren Vereinen von der Antifaschistenbewegung befreit wurden, weil sie das Verbrechen politischer Mittelschicht abgaben, werden sich zusammen mit lediglich anderen kommunistischen Parteimitgliedern in einem Kampf mit vernichtender Kritik gegen die Zentrale der K. P. D. Die Kommunistische Partei Deutschlands habe eine heulige Schwermut vollzogen, die nicht mehr der Stärkung der Arbeiterbewegung, sondern lediglich dem egoistischen Bedürfnis der Gruppe um Stalin diene, die auch die russische Partei völlig beherrsche. Dem russischen Arbeiter werde die deutsche Partei als eine fast ganz illegale Organisation hingestellt, die unmittelbar vor dem Ausbruch der proletarischen Revolution stehe und die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse hinter sich habe, obwohl sie nur unter großen Schwierigkeiten arbeiten könne. Diese Fiktion verleihe mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, auch mit denen einer lächerlichen Berichterstattung. Verantwortungsbeugsige Partei-

Nach der Berechnung des Oberbauers Jangemeyer nach dem Amtsgeld der St. Nats. ein Vergleichsmaßstab. Der St. Nats. und Wiberbelagte Bruhn solle erklären, daß er sich auf Grund der Hauptverhandlung davon überzeugt habe, daß weder die Deutschnationale Volkspartei noch Angehörige der Partei, abgesehen von der Höhe der 2000 Mark an den Stadtbürgermeister, sondern auch von 6000 Mark an Jangemeyer, von dem Breslauer St. Nats. Mittel erhalten haben und daß auch diese beiden Beträge nicht als Schenkung oder Schenkungsgegenstand betrachtet werden können. Demgegenüber soll Bruhn erklären, daß er nach dieser Erklärung Bruhn den im „Lokal-Anzeiger“ erschienenen Bericht der angeheuligen Verleumdung als unbedeutend zurückdrängen.

Dieser Vergleichsmaßstab wurde von beiden Parteien angenommen.

mit 25 gegen 23 Stimmen ein deutschnationaler Verbandsantrag abgelehnt wurde, der bei den Berichterstatter über die Verbindung und Zügelung die Zustimmung des Reichstages verlangte.

Angenommen wurde mit 24 Stimmen gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag, der Reichstagesantrag, die durch die deutsch-polnische Übereinstimmung unmittelfachen Vermögensnachteil erleiden, eine angemessene Entschädigung zuzuführen. Die Geschädigten sollen nicht schlechter gestellt werden, als wenn die Entschädigung von deutsch-polnischen Gemäßigten Schenkungsgegenstand oder dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag festgestellt würde.

Ferner wurde mit großer Mehrheit Resolutionen angenommen, die von der Reichsregierung erlaubt wird, die Beträge, die aus dem für die Durchführung des Reichstages-Schlichtungsverfahrens zur Verfügung gestellt worden sind, auszusparen der Staatsobersteuern und Vermögensgegenständen zu verwenden. Ferner wird die Reichsregierung erlaubt, den aus Polen vertriebenen entfähigungsbedürftigen Landwirten die Aufrechterhaltung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bis zur nächsten Ernte durch sofortige Zahlung von Vorkäufen auf die zukünftige Schlichtungsabklärung zu ermöglichen.

Mitglieder würden oft gegen ihren Willen gezwungen, sich in unzulässigen Bereichen aufzuhalten. Mit der jetzigen Taktik könne man nur gemittelte Arbeiterschaft, die für den vorübergehenden Kapitalismus sein reichliches Geld verdienen, befehlen. Da der Parteilistung selbst gebe es nur gegenständig sich betriebsfähige Klassen.

Der Aufruf löst sich von den Worten: „Wir wissen, daß ein großer Teil der langjährigen Funktionäre und Mitglieder der K. P. D. unsere Partei teilt. Wir fordern alle Mitglieder aus der Partei, die sich nicht mit der Partei verbinden wollen, zu brechen und ihre Meinung offen bei jeder Gelegenheit zu vertreten.“

In den vier Gruppen und Gruppen von „Rechten“, „Linken“, „Mittelrechten“, „Rechtslinken“ etc. tritt aus der K. P. D. auch noch die Gruppe Stabob, die aufeinander ihren Kampf gegen die Parteilistung innerhalb der Organisation mit einer Schärfe führen will. Die Zerplitterung in der Kommunistischen Partei steigt immer weiter.

# D. D. Bank-Firma ungefleht

Urteil des Landgerichts

In dem Rechtsstreit um die Firma der fusionierten „Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft“, in der die gefleht vorgeschriebene Bezeichnung „Alliengefleht“ nicht enthalten ist, hat das Landgericht I. Kammer für Handelsachen, heute entschieden. Die Deutsche Bank wird verurteilt, ihre Firma dem Gesetz entgegen, zurückzuführen, daß das ist die Bezeichnung, die in der Statuten der K. P. D. der Deutschen Bank vom 20. Oktober 1922 festgelegt worden sind, sich auf die Aufstellungslage eines vordereinander Aktionäre für nichtig erklärt worden, und zwar gemäß der Beschlüsse der K. P. D. die Firmenänderung betreffen und der neue Name mit „Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft“ festgesetzt werden ist.

In der Begründung führte Landgerichtsdirektor Winter aus, daß der folgende Aktionär aus materiellen und formellen Gründen nicht als Aktionär der K. P. D. anzuerkennen ist, der K. P. D. kein besonderes Interesse voraus. Außerdem habe jeder Aktionär ein Interesse daran, daß die Firma seiner Gesellschaft mit dem Gesetz übereinstimmt. Material lege das Landgericht ausdrücklich, daß die Bezeichnung „Alliengefleht“ notwendiger Bestandteil der Firma ist. Das Gericht hat weiter ausgesprochen, daß „Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft“ eine neue Firma ist, wie auch aus dem Fusionenvertrag selbst hervorgeht. Deshalb hätte die Firma hätte auch ohne den Zusatz „Alliengefleht“ weiterbestehen können. Zudem hat Gericht nur einzelne Punkte aus den Fusionenbestimmungen für nichtig erklärt, der trägt es den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung: Es verlangt Änderung vor dem Gesetz.

Es ergaben sich für die Deutsche Bank nun folgende Möglichkeiten: entweder sie ließ die Bezeichnung ein, oder sie legte der Firma „Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft“ die Bezeichnung „Alliengefleht“ hinzu, oder sie nahm eine ganz neue Firma an, aber sie ließ zu einem der beiden alten Namen zurück. (Deutsche Bank oder Disconto-Gesellschaft) Weiter hätte die Partei, daß sie den Zusatz „Alliengefleht“ für die Deutsche Bank (part), was nach dem Einführungsrecht zum Handelsregister als die Firma zulässig wäre. Die Deutsche Bank

müßte sich dann als größere und aufnehmende Bank mit der Disconto-Gesellschaft darüber einig sein, daß nur noch der Name „Deutsche Bank“ in die Gründung tritt. Es ist aber bekannt, daß einer der lehrerhaften Punkte bei den Fusionenbestimmungen Verzichtsgestaltung waren, die schließlich zu der komplizierten neuen und ungeflehten Firma führten.

Wie wir hören, will die Verwaltung der D. D. zunächst die förmliche Begründung des Urteils abwarten und erst dann Entschcheidungen treffen.

# Generalfynode gegen bolschewistische Glaubensverfolgung

Die Vollversammlung der Generalfynode nahm einstimmig folgende Resolution an, die von beiden der Christen in Rußland gilt.

„Wir heißen Schmerzhaft die Generalfynode auf die Zeiten und Rufe der Christen in Rußland. Daß der Sonntag abgelehnt, daß religiöse Freiheiten der Christen unterdrückt, die Stellung kirchlicher Bekehrungsstellen aufgehoben ist, daß Gottesdienste verboten und zerstört, Ost und Christus in Wort und Bild öffentlich gelehrt werden, daß Christen die Erde zu ihrer Kirche mit Entredung und Verfolgung begehren — das ist nicht die Angelegenheit eines einzelnen Landes; es ist eine Art der gesamten Christenheit. Es bedroht also die Welt, von der die Christen nur jeder selbständigen Überzeugung unterworfen ist, mit dem Unterdrückung der Gewissensfreiheit der Christen und ihnen zu helfen, wo immer die Möglichkeit sich bietet. Es nicht sich selbst und alle, die in den christlichen Glauben bekehren, in hellem Ernst der Buße und in unbefangener Siegesfreudigkeit zu den Göttern und Gaben Gottes zu stehen, gegen die der Aufbruch des Unglaubens sich richtet. Die bedrängten Brüder im Osten aber grüßen wir in unerschütterlicher Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe. Die Gewissensfreiheit der Christen ist der Welt und der Erde und der Menschheit. Die Flotten der Hilfe werden seine Gemeinde nicht überfordern.“

Die Vertagung der Rundgebung wurde von der Generalfynode festgelegt angelehnt.



# 67 Millionen Räuberischer Fehlbetrag

Nur befristete Steuererhöhungen

Stabskapitän Sange, der den berulanten Räumern verweist, was den Staat in der zweiten Hälfte des März vorliegen. Auch die kaiserlichen Beamten gehen rund 67 Millionen Mark, die nach anfänglicher Hab. Gemindert werden die Ideen für den abgeleiteten Staatsrat angestrichelten Steuererhöhungen nur zum Teil erforderlich sein.

Der Verkauf der im räuberischen Besitz befindlichen Aktien des Aktienwertes Gültigkeit als die Befehlshaber für elektrische Unternehmungen steht mit der Ausstattung im engen Zusammenhang. 32 Millionen des eintausend Sechshundert fünfzig zur Bereinigung des Gültigkeitswertes wird auf 35 Millionen Mark Bereinigung haben. Diese Zahl wird aber nicht im Stadtparlament beschlossenen Erörterungen über den Aktienverkauf in den Vordergrund treten. Dabei wird der Magistrat betonen, daß es lediglich um die Abgabe von Aktien einer Privatgesellschaft handle, deren Erfolg infolge des bestehenden Konfessionsvertrages nicht erforderlich ist.

Eine Veräußerung von Gemeinvermögen oder Verleihen kommt für die städtische Verwaltung nicht in Betracht, ist auch für später nicht denkbar. Es handelt sich lediglich darum, den mit rund 39 Millionen künftiger Einnahmen versehenen neuen Staat durch den Verkauf von Privatwerten und durch die Kapitalisierung der laufenden Räumereinnahmen der Städtewirtschaft bis 1914 zu erhalten. Diese Kapitalisierung macht rund 20 Millionen aus, die der Stadt neben dem Aktienverkaufsumsatz von 25 Millionen aufliegen. Den Gogenwert stellt die Konfessionsänderung an des Städtewerts von 1900 bis 1900 dar. Vom Ende 1904 ist die laufende jährliche Abgabe von Säbweid wieder an die Stadt zu zahlen.

Vor bei der Erhebung aufgenommene räuberische Kredit soll durch 45 Millionen Obligationen abgedeckt werden. Jedoch würde Differenzen mit der amerikanischen Bankfirma Braun und Brothers bestehen nicht. Dieser Vorbau, mit dem die Stadt ihren künftigen Geldbedarf decken, hat durch die Erfüllung des künftigen 45-Millionen-Kredits in Goldobligationen die gewöhnliche Einnahme. Die räuberische Verwaltung ist überzeugt, daß diese Obligationen sehr leicht ferner unterbringen lassen.

Durch die obigen Mitteilungen, deren Richtigkeit sich von unabhängiger Stelle bestätigt werden, wird die große Bedeutung der Finanztransaktion der Stadt mit der Befehlshaber für elektrische Unternehmungen für die Berliner Steuerpolitik ersichtlich. Der Magistrat sieht keine anderen Wege, der es ihm erlauben würde, auf den vollen Umfang der angelegten Steuererhöhungen: Gesamtertrag von 420 auf 500, Grundsteuerertrag von 200 auf 300 und Lohnsteuerertrag von 1000 auf 1150 u. S. vergrößert zu können. Der Etat für 1908 ist je vorläufig aufgestellt worden, daß Entscheidungen kaum noch möglich sein können. Für die Bedingung der auch nach dem Einkommen mit der Befehlshaber für elektrische Unternehmungen nach sechshundert 30 Millionen, will der Magistrat, sich mit 50 u. S. der vorgelegten Steuererhöhungen begnügen.

Offentlich sind aber seine Bemühungen, einen günstigen Verteilungserfolg für den Finanzausgleich zu erhalten, von Erfolg, damit die Berliner Bürgerpflicht in diesem Jahre von erhöhten Gemeinbeiträgen ganz verschont bleiben kann. Y - r.

## Der Leuna-Prozess beginnt

Halle, 28. Februar | Ulstein-Nachrichtendienst

Heute begann in Halle der Prozess gegen den Defonationsmalter Albert Schönfeld aus Leipzig, der beschuldigt wird, gemeinsam mit einer Reihe von ihm befreundeter Angehöriger die Kassenverwalter in den Jahren 1917 bis 1924 um eine Million Schillingen gefälscht zu haben. Angeklagt sind der Geschäftsführer Friedrich Schönbauer aus Berlin-Estgl., der Geschäftsführer Otto Otto aus Kiel, der frühere Betriebsführer Karl Schönwitz aus Gorbüsch, der Zimmermeister Georg Christoph aus Jena, der Zimmermeister Willy Diebel aus Wertheim, der Zeichner Fritz Ungewiss aus Leuna, die Stütze Margarete Reichsmann aus Leipzig und der Defonationsmalter Albert Wobbe aus Wertheim.

Die Verhandlung findet unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Erich Heil statt. Bis zum 28. März wird in Halle, von da ab bis zum 30. März in Leuna verhandelt. Die Dauer des Prozesses wird auf etwa fünf Monate berechnet.

Wetterverhältnisse für Berlin und das Reich. Zeitweise neblig, sonst teilweise mit etwas intensiverem Regen. Allgemein behagliches Wetter. Höchsttemperatur 2.

# Scott in der 3. Runde geschlagen erklärt

Wirbelstürme wilder Wut im Miami-Ring / Es kam, wie es kommen mußte / Charley schlug tief, aber das verjagte ihm nichts

## 80000 Mark Einnahme - 200000 Mark Verlust

Worther in der „Wollischen Zeitung“ Nr. 98: „Scott ist nun einmal unterliegend in U. S. A.“ Die Sache kommt heute eben nur, um den langen Reiss von Charley niedergeschlagen zu sein... und so sollte Charley klar und mit Knodout gewinnen, bevor der Kampf ein halbes Dutzend Stunden alt geworden sein wird... „Wollische Zeitung“ Nr. 99: Titelbildertitel: „Charleys Sieg ungewiss.“ Scott wird also heute fast über verlieren, ob Charley tief fahre oder nicht, so stellt sich diesmal, was es nicht anders geht, sogar... Scott disqualifiziert werden. Wollsch ist Wollsch und Verurteilung ist nicht anders.

Jack Charley schlägt Scott noch überlegen geistreich Kampf in der dritten Runde viermal zu Boden, das vierte Mal auf Grund eines tiefen Krampfes. Scott mußte nach einer Minute Pause weiterkämpfen und wurde zum viertenmal von Charley zu Boden geschlagen, woran er (zu Unrecht) Klage gegen den Veranstalter und zum Kompensator, 200 Millionen aus, die der Stadt neben dem Aktienverkaufsumsatz von 25 Millionen aufliegen. Den Gogenwert stellt die Konfessionsänderung an des Städtewerts von 1900 bis 1900 dar. Vom Ende 1904 ist die laufende jährliche Abgabe von Säbweid wieder an die Stadt zu zahlen.

Das, in Kürze, der „Rampf“, der folgende, ausführliche Bericht bemittelt, daß die bis 30000 Fußstärke Scotts Verhalten in die Hände gelegt werden, daß der gewissermaßen amerikanische, Simon Johnson, in ganz America bekannt unter dem bezeichnenden Namen „Buck Bonhart“, nach ihm, und daß der Schiedsrichter von Anfang an entschlossen war, Charley keinesfalls zu disqualifizieren. Ohne Zweifel war Charley der weitaus bessere Mann, aber sehr eben zweifellos ist es, daß Otto Scott gegen Scott wegen eines viel harmloseren Verstoßes, als Charley ihn diesmal tiefen, disqualifiziert wurde, und daß die öffentliche Meinung an Charleys Stelle definitiv disqualifiziert werden würde. Nur ein Amerikaner und schließlich nur Americas Kandidat für die Weltmeisterschaft durfte sich dieses Vergehens erlauben, nur ihm wurde es erlaubt, genau genommen gegen die Regel. Schließlich ist Charley der Mann, den das Vorgesicht trifft, bekommen muß, soll die ganze Branche nicht in Mitleid geraten.

## Satz i. o. - gar nicht o. i.

Miami, 28. Februar.

Die Arena war wenig mehr als halbvoll, 30000 Plätze gingen, 30000 waren nur gekommen, auf je 30 Fußstärke Mann schon ein Willeter oder Ordnungsbote, das war vielleicht ganz gut so, wie sich später zeigen sollte. Die Einnahmen beliefen sich auf 80000 Mark und die Kosten der Veranstaltung hat für diesen räuberischen Kampfspektakel, zu dem Scott nie bereit war, eine rechtliche Strafe von 200000 Mark Verlust zu bezahlen. Charley erhielt 25000, Scott auch noch 20000 Mark. Von den Vorarbeiten war der zwifchen dem argentinischen Riesen, Campolo und Johnny Risco der interessanteste. Man sah ein Unentschieden, aber Risco hatte knapp gewonnen. Maloney schlug den Franzosen Bouquillon nach Punkten, Tommy Dougherty besiegte den Europameister Pierre Charles ebenso und der Argentinier Bianchi, der gegen George Wolf hätte antreten sollen, erzielte den zweifachen Sieg in der ersten Runde.

Jack Charley trat überfordert daher an, er war 80 kg, Scott mit 102 kg, nur wenig schwerer. Vom Start weg war Charley im Vorteil. Er griff nach dem üblichen orientierten Wälzen während er geschickt an und kam wie er wollte, um Scotts schnelle Umlage, die härteste Waffe des großen Engländer. Charley bearbeitete Scotts Körper, denn man weiß, daß Scott gerade am Morgen sehr empfindlich ist. Auch am Reife trat Charley gegenständig sehr gut. In der ersten Runde hielt sich Scott immerhin ausgeglichen, er hatte viel ab und konnte zurück. Schon in der zweiten legte sich aber, wie ihn das Bombardement des Amerikaners gegen seinen Körper mitgenommen hatte. Charley kam mit seinem Spezialschlag, einem langen linken Haken (ähnlich wie ihn in Berlin Weltmeister Genaro legte. Am. d. Reb.) wiederholt an Ziel.

## Fünf Niederschläge - vier torrett

Oegen Ende der Runde mußte Scott auf einen solchen linken Rinnhaken auf sechs Sekunden zu Boden. In der dritten Runde

brauchte eine Verpfändenerie Scott bis „2“ zu Boden, ein Scharplatzierter prang ihn dann sechs Sekunden wieder, aber er kam wieder auf die Beine und ließ sich logar, während er ab und zu mit ruhig überlegenen Charley in einem Schlagworte ein. Bislang sprang er hoch und Charley trat ihn unterhalb der Gürtellinie. In seinem abgewandten Still (Scott hat zehn „Siege“ durch Disqualifikation seines Gegners wegen Verstoßes in seinem Metard (Am. d. Reb.) laut der Engländer in die Kassen, hätte sich Scott nicht unter alles überlassen und der „Siege“ John W. Magnolia, der Kampfleiter war aber auf diese Internierung wohl vorbereitet und hatte früher auch seine Instruktionen. Er wies Charley in seine Ecke, erklärte Scott, daß er ihm eine Minute Pause zur Erholung gebe, denn der Treffer ist sehr blutig gewesen. Magnolia forderte Scotts Stenbanden auf, ihm zu helfen. Scott sollte daraufhin seine Geimfassen „Marze, unter freischiedlichen Schmerzen vertheidigender „Boxer“ ein, und trat nach einer Minute wieder an, bekam aber bald einen mächtigen Schlag, völlig korrekt gefaßt, mochte er nicht gehen müde, und nun nachlässig begann Tiefschlag zu reformieren. Der Ringrichter schickte ihn in seine Ecke, ohne daß er auch nur zu zählen begonnen hätte. Charley, der meinte, er ist disqualifiziert, brach in Tränen aus und bligte hinüber zu Scott, dem er während abzurufen: „Gemeiner Sieg, was simuliert ihr, tumm und kämpfe, wie ich!“ Das Publikum, ganz auf Seiten Charleys wurde nicht was vorging und brüllte wie befehlen, bis schließlich Magnolia Charleys Hand hochhob und ihn in zum Sieg erklärte. Sehr beargwünigt ließ alles die auf die Ecke Seite, was der Simon Johnson heraufsprang und wilde Proteste verlor. Er legte fester und formell einwurde bei der finalen Bogen Kommando Miamis ein, daß wird das Urteil „Charley Sieger durch Kampfabbruch“ hinausfallen geändert werden. Am 26. Juni sollen nun Charley und Schmeling, wahrscheinlich in New York um die Weltmeisterschaft im Schweregewicht kämpfen.

## Eislauf-Weltmeister für 60 Pfennige

Gute Schneelaufpropaganda in Wien

Das Auftreten des Eislauf-Weltmeisters Stefanus (Norwegen) und seines Verbandes beim Ballerger heute 7000 Zuschauer bei der Kunsteisbahn des Wiener Stadions nachmittags. Der Skandinavier trat auch nur 1. Stellung (60 Pfennige). Im jüngeren Form zeigte sich Ballanger, der sowohl über 500 als auch über 3000 Meter überlegen flegte und auch nach den 3000-Meter-Rundläufen an sich brachte. Eislauf und Eislaufen, er mußte im Lauf über 1000 Meter sogar nach dem Wiener Hotel den Vorteil finden, der mit der gültigen Zeit von 16 Sekunden einen neuen Weltrekorde über sich aufstellte. Die beiden Württemberg Gänbner und Donauhuber spielen nur eine untergeordnete Rolle. 500 Meter: 1. Ballanger (Norwegen) 44 Sek.; 2. Riedl (Österreich) 45 Sek.; 3. Scharf (Norwegen) 46 Sek.; 4. Ebnen (Skandinavien) 47 Sek.; 1000 Meter: 1. Ballanger 8:46 (Österreich); 2. Scharf 8:46; 3. Scharf (Österreich) 8:56; 4. Riedl 8:56. - 3000 Meter: 1. Ballanger - 27:12.

Das Schicksal von die Eislauf-Weltmeisterschaft von Schweden führte im Stadion zu Stadions die Mannschaften von Otto und W. S. (Stadions) zusammen. Nach fünfzehn Runden legte Otto (Stadions) 2:0, beide Rote felen bereits im ersten Drittel, während die beiden anderen Eislaufkämpfer torlos erzielten.

Am 26. Februar, nachmittags, entfiel nach langem schweren Leiden unter unglückseliger Sohn und Brauer

## Ernst-Jochim

im 17. Lebensjahre.

Erla-Ernst Schmidt  
Charlotte Schmidt, nee Schmidt  
Brigitte  
Berlin, den 28. Februar 1930  
Lidenbadstraße 13

Die Beisetzung erfolgt am Sonnabend, dem 1. März, nachmittags 3.15 Uhr, auf dem Friedhofersberg Friedhof in Stahnsdorf.

# Boenickes Feinsfarben

20-40% billiger als feine Farben!

Falls kein Wert auf reine Farben, sondern nur auf Qualität, wird, auch Färbungen und II. Sortierungen als besonders preiswert zu empfehlen!

Reiner Rot-Farbstoff von 5% Originalstärke, von 200 Litern an 6%.

Gutes Saubermittel, Fein-20 Pf. Farbstoff von 200 Litern an 6%.

Alle: Sublimes

Parfümerie-Fabrikation

Haupt- und Niederlage

Haus am Zoo (Capitol) • Königl. 49 • Kochstr. 59 • Bayerischer Platz 9 • Schloßstr. 90, Steglitz • Jannal entrf. 177

Sulfata, unsortiert... 11%; am 12 Pf. Ad Antrum, Coronas flos, II. Sort., 11%, am 15 Pf. Reina, Noblesas, Feinsfarben... 10%; am 25 Pf. Justres-Farbstoffen... 12%; am 30 Pf. Simpatica, Gloriosos extra, Fein, 12%, am 35 Pf.

Sumatra-Sandblatt-Zigarren

## Otto Boenicke

Berlin, W. 8 • Französische-Str. 21

Besondere: Für die Engländer: Willy Gerner, Ruffin • Belgien und Bruch: Wilhelm W. G. Götze. • Stegen eine Beilage

Börse unter politischem Druck

Im Verlaufe der letzten Schwankungen
Die Börse setzte in schwache Tendenz ein, da die politischen Vorgänge die Spekulation vorwiegend zu neuen Realisationen veranlasste.

Münchener: Rio Tinto 44 (Vortageschlusskurs 44,80), De Beers 9 1/2 (9 1/2), East Rand 10 (10), De Beers 9 1/2 (9 1/2), Royal Dutch 31 7/8 (31 3/4), Shell Transport 4 1/2

Stahlverein verteidigt Aufkauf-Politik

Abatzkriser der Kohlenbergbau
Eszen, 28. Februar / Ulstein-Nachrichtendienst

Die G.-V. der Vereinigten Stahlwerke AG verteilte im Gegensatz zu den Erwartungen der vergangenen Jahre ruhig, da die frühere Opposition durch Dr. Teubach diesmal nicht auftrat.

Generaldirektor Vögler wie auf die Steigerung der Kohlenproduktion um rund 3 Pct. hin, der eine Verringerung der Rohleisen- und Roheisenleistung um 7 1/2 Pct. gegenübersteht.

Verstärkte Wirkung auf die besondere Abschwächung von Siemens, die bis 250 (- 3 1/2) herabsank, sich später allerdings auf 205 1/2 erhob.

Die Kurse der Versicherungsgesellschaften zeigen keine großen Veränderungen. Niedriger waren Aachen-München mit 276 (- 1), Allianz mit 174 (- 1 1/2), Colonia 628 (- 12), Nordstern Allgemeine 241 (- 1) hingegen konnten Frankfurt Allgemeine auf 210, die Allgemeine auf 297 (+ 4 1/2) und Victoria Allgemeine auf 2010 (+ 2) anheben.

Kapitalserhöhung im Bodenbank-Konzern

Die Deutsche Wohnstätten-Hypothekendarlehnbank in Berlin hat sich für eine Kapitalerhöhung von 24 1/2 Mill. M. entschieden, was gegenüber dem Vorjahre eine Vergrößerung um 5 1/2 Mill. M. bedeutet.

Nur 2 pCt. Obligationenauflösung beim Stahlwerk Becker

Die Deutsche Wohnstätten-Hypothekendarlehnbank in Berlin hat sich für eine Kapitalerhöhung von 24 1/2 Mill. M. entschieden, was gegenüber dem Vorjahre eine Vergrößerung um 5 1/2 Mill. M. bedeutet.

Die Gründe für die Zahlungstockung bei Mädlar

Die Gründe für die Zahlungstockung bei Mädlar liegen in der geringen Nachfrage nach ausprobierten Luxuswaren. Infolge des schlechten Weihnachtsgeschäftes und des stockenden Absatzes im Januar und Februar besitzt die Firma ein großes Warenlager, das Lagervermögen übersteigt die Umsätze.

Table with 3 columns: Name, Price, Change. Includes items like Adler Korbale, Kohlenbergbau, etc.

Unnotierte Werte
Dr. F. Meyer, 100,00; Wirtshaus, 136,17; ...

Am Devisenmarkt war das Pfund infolge der anhaltenden Geldknappheit in London ansehender und ging gegen Dollar auf 16,28 1/2 an.

Table with 3 columns: Name, Price, Change. Includes items like Hachbahn, 100,00; ...

London ruhrig und zuversichtlich

Da die Ultime-Liquidation bevorsteht, blieb das Geschäft an der Londoner Effektenbörse sehr lebhaft, doch herrschte eine vorsichtige Stimmung.

(4 1/2) - Industrieketten: Grammophone 4 1/2 (4 1/2); Match Celanese 13 1/4 (13 1/4); Glanzstoff 5 1/2 (5 1/2); Swedish Match 10 1/2 (10 1/2); Polyphon 2 1/2 (2 1/2).

Die Frankfurter und Hamburger Börsen verließen infolge Anbahnung der politischen Spannungen in ausgeprägter lustloser Haltung.

Warenmärkte

Weizen sehr fest
Die feste Stimmung für Weizen hat sich an der Berliner Prokurenbörse verstärkt.

Amlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse

Table with 3 columns: Name, Price, Change. Includes items like Weizen, 16,00-17,00; ...

beimer & Co. in der Beckenhofener Landstraße in Frankfurt a. M. perfoliert geworden.

Warenmärkte

Weizen sehr fest
Die feste Stimmung für Weizen hat sich an der Berliner Prokurenbörse verstärkt.

Amlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse

Table with 3 columns: Name, Price, Change. Includes items like Weizen, 16,00-17,00; ...

Amlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse

